

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Mai 1963

I.	<u>POLITISCHE EREIGNISSE</u>	Seite: 1
	1) Die neueste Entwicklung in Polen	1
	2) Partei und Verwaltung	5
	3) Der Werdegang eines Funktionärs	6
	4) "Nur der Name blieb"	9
	5) Die Breslau-Sendung des NDR	10
	6) ULBRICHTs Botschafter in Warschau	10
	7) "Polityka" über ADENAUER	11
II.	<u>WIRTSCHAFT</u>	13
	1) Opfer für den Sieg	13
	2) Mangelnde Kooperation Polen-CSSR	14

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD • Bonn •

I. Politische Ereignisse

1) Die neueste Entwicklung in Polen

Als GOMULKA im Oktober 1956 an die Macht zurückkehrte, herrschten im ganzen Lande chaotische Zustände. Die Partei war durch die Wendung nach dem XX. Parteitag in Moskau schwer angeschlagen; die Bevölkerung wollte die Spuren der stalinistischen Terrorherrschaft möglichst gründlich und schnell beseitigen, die Wirtschaft litt noch unter den Auswirkungen der jahrelangen, unsinnigen stalinistischen Experimente, die Mehrzahl der Kolchosen verschwand "über Nacht" aus dem Leben des Dorfes, die Kulturschaffenden befreiten sich weitgehend von der Bevormundung durch die Partei und wollten nicht mehr auf die Kulturfunktionäre hören. In den kommunistischen Nachbarstaaten betrachtete man diese Entwicklung mit höchstem Mißtrauen, die Gefahr einer sowjetischen Intervention hing wie ein Damokles-Schwert über dem Land.

Die ersten Jahre des neuen GOMULKA-Regimes brachten auf allen Gebieten des Lebens in Polen eine langsame Stabilisierung. Die sehr langsame Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung mußte allerdings mit der fortschreitenden Beschneidung der Freiheiten auf dem kulturellen Gebiete erkauft werden. Trotz allem blieb Polen das freieste Land des kommunistischen Lagers, und GOMULKA konnte sich einen gewissen Respekt nicht nur in der freien Welt, sondern auch in Moskau verschaffen. Nachdem er Herr der Lage in der Partei geworden war und der III. Parteitag im Frühjahr 1959 seine Position festigte, konnte man fast glauben, daß die Entwicklung in Polen einen voraussehbaren Weg nehmen würde: Stärkung der Autorität der Partei, die sich u.a. in wachsender Kontrolle, der Kulturschaffenden äußern wird, gleichzeitig aber, nachdem die wirtschaftliche Planung mehr als vorher den Erfordernissen und nationalen Interessen Polens angepaßt war, eine spürbare Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Etwas weniger Freiheit, dafür aber wesentlich mehr Brot in einem Lande, das von einer stramm ausgerichteten Partei regiert wird. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß solche Voraussagen nur in einem Punkt ihre Richtigkeit haben, und zwar zugerechnet dort, wo sie von Nachteil für die Bevölkerung sind: Das Ausmaß der Freiheiten

in Polen wurde von Jahr zu Jahr kleiner.

Die Hoffnung, daß wenigstens in materieller Hinsicht eine ständige Verbesserung eintreten würde, hat sich dagegen nicht erfüllt. Im Gegenteil, man beobachtet seit gewisser Zeit eine deutliche Rückentwicklung, die vor wenigen Wochen sehr kraß in Form von Preiserhöhungen (bei gleichbleibenden Löhnen) zum Vorschein kam. Diese Maßnahme, die gerade die ärmste Schicht der Bevölkerung am stärksten betroffen hat, löste im ganzen Lande eine Serie von Unruhen, Demonstrationen, Streiks usw. aus. Die Verbitterung unter den Arbeitern soll so groß sein, daß man in der Parteispitze eine Wiederholung des Aufruhrs, wie er im Juni 1956 in Posen ausgebrochen war, nicht für ausgeschlossen hält. GOMULKA versuchte die Lage zu entschärfen, indem er vor Belegschaften großer Werke erscheint, um die Arbeiter zu beruhigen. Sein Rezept heißt: Besser arbeiten, mehr produzieren, erst dann kann eine Veränderung kommen. Vom ökonomischen Standpunkt ist das zweifellos richtig, es scheint aber fraglich, ob solche Rezepte geeignet sind, erhitzte Gemüter abzukühlen. Die Regierenden in Polen müssen also ständig damit rechnen, daß ein zufälliger Funke einen Brand entfacht.

Zugleich zerbröckelt die innere Einheit der Partei zusehends. Schon einige Monate nach dem III. Parteitag verstärkte sich der Einfluß der Neostalinisten in Partei und Regierung (Umbesetzungen von Oktober 1959). Die reaktionären Kräfte in der Partei bekamen Verstärkung, als sich die sogen. "Partisanengruppe" immer aktiver in den Vordergrund drängte. Die Tatsache, daß die Partei von inneren Kämpfen zerrissen wird, ist für die Bevölkerung keineswegs gleichgültig. Die Neostalinisten (an ihrer Spitze der Parteisekretär Ryszard STRZELECKI sowie der Chef der Abteilung Verwaltung beim ZK, Kazimierz WITASZEWSKI) und die "Partisanen" (die vom Chef des Sicherheitsdienstes, General Mieczyslaw MOCZAR befehligt werden) führen seit längerer Zeit eine Offensive, deren Ziel es ist, alles aus dem Leben Polens zu ver-

drängen, was in ihren Augen "liberal und kosmopolitisch" gefärbt ist.

Die reaktionären Kräfte in der Partei haben sich in der letzten Zeit ganz besonders auf die kulturellen Probleme konzentriert. Jetzt sind sie dabei, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Theater und die Kunst von allen ihnen nicht genehmen Leuten zu säubern. Nachdem sie vor wenigen Wochen einen überraschenden Schlag im Fernsehen durchführen konnten, beschlossen sie jetzt, kultur-literarische Publikationen unter ihre Kontrolle zu nehmen.

In Polen gibt es eine relative große Anzahl von Zeitschriften, die kulturellen Fragen gewidmet sind, und die sich auf einen ziemlich breiten Leserkreis stützen können. Die polnische Intelligenzschicht war immer sehr stark (und vielleicht auch etwas einseitig) an allen humanistischen Fragen interessiert. Trotz der fortschreitenden "Technisierung" der Intelligenz sind diese Interessen immer noch wach.

Zu den bedeutendsten periodischen Schriften dieser Art gehörten in Warschau die Wochenzeitungen: "Nowa Kultura" und "Przegląd Kulturalny".

Kulturelle Probleme wurden auch breit in der Wochenzeitschrift "Polityka" behandelt. Die beiden erstgenannten existieren schon seit vielen Jahren und haben beim Formen der öffentlichen Meinung in der Zeit vor und nach dem Oktober 1956 eine bedeutende Rolle gespielt. "Nowa Kultura" wurde dann vor etwa 2 Jahren zum ersten Male gesäubert und seitdem weitgehend von Leuten redigiert, die den Tendenzen der verschärften Kulturpolitik der Partei besser entsprachen. Diese Gleichschaltung quitierten die Leser mit dem Boykott, so daß die Auflagezahlen von "Nowa Kultura" immer mehr fielen. Die zweite Zeitschrift dagegen, "Przegląd Kulturalny" behielt etwas mehr Bewegungsfreiheit und konnte sich auch bei den Lesern gut behaupten.

Mitte Mai erschien völlig überraschend in der Presse die Nachricht, daß beide Zeitschriften in wenigen Wochen ihr Erscheinen einstellen werden.

Gustav GOTTESMANN, der verantwortliche Redakteur von "Przegląd Kulturalny", erfuhr das aus der Zeitung. An Stelle der beiden Zeitschriften wurde mit der Festlegung der Erstausgabe für Juni 1963 eine neue Zeitschrift gegründet, die "Kultura" heißt. Vom Redaktionsstab des "Przegląd Kulturalny" wird allerdings in die Leitung des neuen Organs niemand aufgenommen..

Man spricht in Warschauer politischen und kulturellen Kreisen offen davon, daß die neue Zeitschrift das Sprachrohr der Neostalinisten und "Partisanen" werden soll. Die für "Kultura" vorgesehenen Redakteure (beide früher in der Redaktion von "Nowa Kultura"), Janusz WILHELMI und Hieronim MICHALSKI, stehen schon lange auf reaktionären Positionen. Das haben sie schon ein Jahr nach dem Oktober 1956 bewiesen. Damals schon wollte die Partei den "revisio-nistischen" Tendenzen in der Kulturpresse Polens entgegenwirken. Zu diesem Zwecke war damals eine Beilage zum Hauptorgan der PZPR "Trybuna Ludu" geschaffen worden, die wöchentlich erschien und den Namen "Trybuna Literacka" trug. WILHELMI und MICHALSKI wurden als Redakteure bestellt. Das Experiment mißlang aber, weil es damals dem schlecht und steif redigierten Blatt nicht möglich war, sich gegen Konkurrenz der großen Kulturzeitschriften durchzusetzen. Nach etwa 2 Jahren wurde das Erscheinen eingestellt. MICHALSKI und WILHELMI machten sich seit dem einen schlechten Namen in Kreisen der Warschauer Intellektuellen. Sie galten als servil, und da sie an sich stalinistisch eingestellt sind, haben die Initiatoren einer neuen Kulturpolitik der Partei in ihnen bequeme und willige Werkzeuge. Auf dem Gebiet der kulturellen Freiheit bedeutet die Liquidation der zwei Zeitschriften und die Bildung eines neuen, linientreuen Organs zweifellos einen Rückschritt. Die Gegner der Freiheit haben damit einen neuen Sieg errungen.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich Polen seit dem letzten Herbst befindet, haben sich auch auf die Produktion von Papier erstreckt.

Folglich mußte man die Papierzuteilungen für Presse und Buchverlage einschränken. Seit Monaten erscheinen die Zeitungen Polens in einem stark verkleinerten Umfang. Diese Tatsache wird von Neostalinisten und "Partisanen" geschickt dazu ausgenützt, um die Schriftsteller und Journalisten unter Druck zu setzen. Die meisten von ihnen verdienen sich ihr Geld nämlich als "freie Mitarbeiter" und werden je nach Zahl und Umfang ihrer Beiträge bezahlt. "Platzmangel" bietet einen guten Vorwand, um unbequeme Menschen mundtot zu machen und materiell zu ruinieren.

Seit einigen Monaten beobachtet man in Polen keine Erscheinung, die seit Beseitigung des stalinistischen Terrors verbannt zu sein schien: Die Angst. Viele polnische Intellektuelle müssen heute damit rechnen, daß sie jeden Augenblick von ihren Posten verjagt und ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Wer heute im Ruf steht, ein "Revisionist" zu sein, ein "Liberaler" oder ein "Kosmopolit", muß um die Zukunft bangen. Diese Atmosphäre der Angst erstreckt sich noch nicht auf alle Bevölkerungsschichten, sie umfaßt vorläufig nur einige Gruppen, die das unmittelbare Ziel einer Offensive der Neostalinisten und "Partisanen" sind. Man soll sich aber keinen Illusionen hingeben. Wenn es den reaktionären Kräften in der Partei gelingt, ihren Einfluß weiter auszubauen, werden das nach den Intellektuellen bald auch die Arbeiter und Bauern zu spüren bekommen.

2) Partei und Verwaltung

Seit langem diskutiert man in der Presse, auf Versammlungen und bei vielen anderen Anlässen das Problem, wie sich die Beziehungen zwischen Partei und Verwaltung gestalten sollen. Bisher ist man zu keiner befriedigenden Lösung gekommen. Im Prinzip heißt es, die Partei solle die Funktionen der Verwaltung niemals direkt übernehmen, sie solle die Verwaltung vielmehr politisch lenken.

In der Praxis sieht natürlich vieles anders aus. "Trybuna Ludu" vom 26. Mai berichtet z.B., daß in einem Landkreis der Chef der örtlichen Verwaltung per Telefon und "mündlich" Anweisungen bekommt, wie er konkrete Fälle zu erledigen hat. Parteikomitee und Nationalrat fassen manchmal voneinander unabhängig Entschlüsse, die sich auf die gleiche Frage beziehen, die aber voneinander abweichen. Was die Folgen einer solchen "Zweigleisigkeit" in der administrativen Praxis seien, könne man sich leicht vorstellen.

Die Selbständigkeit der Verwaltung in Fragen, in denen sie "zu entscheiden" und für diese Entscheidung die Verantwortung "zu tragen hat", wird dauernd beschränkt, andererseits verlieren sich die Parteikomitees in Einzelheiten, was ihnen einen Überblick über die Gesamtlage erschwert.

Gewiß ist die Parteiinstanz manchmal die einzige Rettung für einen von Pressionen der Verwaltungsbürokratie geplagten Bürger. Nach einem Anruf des Parteisekretärs werden von den Verwaltungsorganen oft Sachen erledigt, worauf ein einfacher Bittsteller lange und vergebens gewartet hatte. Dann heißt es: "Die Partei nimmt sich der Sorgen des einfachen Menschen an und schützt ihn vor den Bürokraten!" Solche Interventionen gibt es aber nur in vereinzelt Fällen, und sie können die Leiden der Bürger im Umgang mit den Bürokraten kaum lindern. Nach Ansicht des Parteiblattes müßten die Parteiorgane sich nicht auf spontane Interventionen beschränken, sondern den Urmachen des Übels auf den Grund gehen, d.h. geeignete Maßnahmen ausarbeiten, um Auswüchse der Bürokratie zu beseitigen. Das erfordere allerdings mehr Anstrengung als ein Telefongespräch.

3) Der Werdegang eines Funktionärs

Die populäre Zeitung "Zycie Warszawy" erzählt über den Werdegang eines Mannes, der zum Vorsitzenden eines Betriebsrates gewählt wurde und einen Kampf mit dem Fabrikdirektor ausfechten mußte.

Der Fall scheint für die Verhältnisse im kommunistischen Polen teilweise so typisch zu sein, daß man ihn erwähnen sollte: Arbeiter schrieben dem Blatt:

"Er unterschied sich nicht von uns allen. Wir wählten ihn zum Betriebsratsvorsitzenden, weil wir mindestens eines wußten: Er wird keine Schweinereien machen. Zwar ist das noch kein Programm, wenn nur die Gewißheit vorhanden ist, was er nicht machen wird, aber immerhin, es ist schon etwas. Und im übrigen soll man uns den Betriebsratsvorsitzenden zeigen, der gleich Großes leistet. Wenn sie keine Schweinereien machen, ist es schon genug, mehr erwartet schließlich niemand von ihnen.

Wir wählten ihn also, Vorläufig geschah nichts. Das war völlig normal. Der Direktor rief ihn zu sich, damit er die Prämienliste unterzeichnet, oder ließ diese Liste bei seiner Sekretärin, damit der Vorsitzende ihn nicht störe. Einige Male sprach er mit dem Direktor, daß die Arbeitsräume zu überfüllt seien, daß in Abteilung 'T-2' nicht alles rechtens sei, daß die Bürodienner Kittel brauchen. Der Direktor genehmigte die Kittel sofort, bedauerte ein wenig, daß es in den Arbeitsräumen so eng sei, und über Abteilung 'T-2' äußerte er sich überhaupt nicht. Der Vorsitzende kehrte zu diesem Thema nicht mehr zurück, er wollte nicht aufdringlich sein.

Es ging also alles wie üblich bis zu der Versammlung, in der der Leiter der Abteilung 'T-2' aufstand und sagte, daß seine Abteilung den Plan nicht erfüllen wird und zwar sei der Direktor schuld. Der Direktor verstehe nämlich nichts von der Sache, entscheide aber alles selbst und höre auf keine Ratschläge. Er, der Leiter, stelle das fest, und er bitte, das auch ins Protokoll aufzunehmen. Der Direktor regiere wie ein Despot.

So sprach der Ingenieur, und er sagte nur, was wir seit 5 Jahren wußten, also um ein Jahr weniger, als dieser Direktor unsere Fabrik leitete. Während seines ersten Jahres nahm der Direktor noch etwas Rücksicht auf uns, er war seiner Sache nicht sicher, bis sein Freund zum Leiter des ganzen Industriezweiges ernannt wurde. Wir waren jetzt also keineswegs überrascht und dachten nur, unter welchem Vorwand er den Leiter von 'T-2' hinauswerfen würde, so wie ein paar andere, die bei verschiedenen Anlässen genau das gleiche gemagt hatten.

Da dies während der Versammlung des Betriebsrates geschehen war, fühlte sich der Vorsitzende verpflichtet, das Protokoll der höheren Gewerkschaftsinanz zu schicken, die es weiter zum Minister leitete. Der Minister rief eines Tages den Betriebsratsvorsitzenden zu sich. Er nahm auf diesem Weg ein Schreiben des Betriebsrates mit, in dem man um die Abberufung des Direktors bat. Der Rat hatte das einen Tag früher beschlossen, um mit diesem kollektiven Beschluß den Vorsitzenden zu unterstützen. Der Minister sagte, er würde sich die Sache überlegen.

Nach diesem Besuch wurde die Situation für uns und wohl auch für den Vorsitzenden unerwartet ernst. Der Vorsitzende war in die Dinge ohne eigenes Zutun verwickelt worden, konnte sich aber nicht zurückziehen, das hätte lumpig ausgesehen, und sowas macht man nicht. Der Direktor hatte sich die Sache gut vermerkt. Er rief ihn zu sich und fragte: Was werfen Sie mir vor? Sie kennen die Rundschreiben nicht, von den Direktiven haben Sie keine blaße Ahnung, aber Sie wollen alles besser wissen. Tatsächlich kannte der Vorsitzende diese Probleme nicht. Woher auch? Niemand hatte ihm etwas gezeigt, erklärt oder ihn zur Mitverantwortung gerufen. Er wußte aber, daß ihn noch so manches ähnliche Gespräch erwartete, ging also zur Kaderabteilung und verlangte dort die nötigen Unterlagen. Das gleiche tat er in der Abteilung für Planung und Buchführung.

Und gleichzeitig ordnete er an: In diesem Jahr keinen Strauß! Es stand nämlich der Geburtstag des Direktors bevor und da war es üblich, daß der Betriebsrat einen Blumenstrauß schenkte. Dieser Entschluß alarmierte alle im Betriebe. Nicht der Leiter der 'T-2', nicht der Minister, auch nicht der Betriebsratsbeschluß, sondern allein die Tatsache, daß es keinen Blumenstrauß gab, öffnete uns die Augen über den Ernst der Lage.

Als man den Vorsitzenden zum zweiten Male ins Ministerium rief, diesmal zusammen mit dem Direktor, war er schon ausreichend präpariert.

Während des Aufmarsches zum 1. Mai war der Direktor schon fast vereinsamt. Morgen kommt zu uns eine Kommission aus dem Ministerium,

die wird alles nachprüfen. Vielleicht wird man den Direktor absetzen, vielleicht bekommt er nur ordentlich den Kopf gewaschen. Wir haben zwar noch keinen neuen Direktor, haben aber dafür einen neuen Betriebsratsvorsitzenden. Das heißt, er ist der alte, den wir gewählt haben, aber nicht mehr der gleiche. Bei uns ist er der erste, der nicht nur deswegen gut ist, weil er nicht schlecht ist..."

4) "Nur der Name blieb..."

Nach einer hundertjährigen Geschichte ist die SPD "nur dem Namen nach noch sozialistisch", meint die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 13. Mai aus Anlaß der Feier in Hannover. "Die proletarische Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie gehört der Geschichte an. Die SPD tritt in das zweite Jahrhundert ihrer Geschichte als eine Volkspartei, hineingewachsen in das System der Bundesrepublik." Schon am 30. April widmete die Zeitung "Zycie Warszawy" dem gleichen Thema eine Betrachtung. Anlaß war die Besprechung der Broschüre von Willi EICHLER "100 Jahre Sozialdemokratie".

"Bis jetzt", schreibt die Zeitung, "pfl egte man als Geburtsstunde der Partei den Kongreß in Eisenach vom Jahre 1869 zu betrachten. Die Verschiebung auf das Jahr 1863 geschah nicht nur aus propagandistischen Erwägungen. Dieser Entschluß hat eine tiefe ideologische und politische Bedeutung. Die SPD beruft sich nicht auf die Vaterschaft August Bebels sondern Ferdinand Lassalles."

"Die SPD", folgert das Warschauer Blatt, "hält sich neben der CDU für die zweite Volkspartei in der Bundesrepublik und trachtet danach, das bürgerliche Zentrum für sich zu gewinnen. Die letzten Wahlerfolge der SPD beweisen, daß die Mittelschicht in dieser Partei ihre zweite Partei zu erblicken beginnt, die eines Tages die CDU ersetzen könnte."

5) Über die Breslau-Sendung des NDR

Das Parteiorgan "Trybuna Ludu" befaßte sich am 17. Mai mit der "Breslau-Sendung" des Norddeutschen Rundfunks:

"Die Sendung... wurde ein Art Prüfstein, der gewisse Denkprozesse, die im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung ablaufen, sichtbar machte. Richtiger gesagt, handelt es sich nur um einen Teil dieser Bevölkerung, und wie groß dieser Teil ist, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis.

Wohl zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik sind wir Zeugen eines auf breiter Basis geführten öffentlichen Streites geworden, bei dem es im Grunde genommen darum geht, sich mit der Polonisierung Breslaus und der Oder-Neiße-Gebiete abzufinden, die jetzige Grenze als endgültig anzuerkennen.

Wahr ist, daß eine Reihe von westdeutschen Zeitungen die Sendung des NDR mit Anerkennung als sachlichen Versuch der realistischen Tatsachenbetrachtung bezeichnete."

Das kommunistische Blatt beeilt sich aber sofort, einschränkend hinzuzufügen:

"Diese neue Erscheinungen können uns aber nicht für einen Augenblick das verschleiern, was alt und unveränderlich ist. Wir registrieren sehr wohl den Sturm der revisionistischen, revanchistischen und militaristischen Kräfte, der aus Anlaß einer Fernsehsendung mobilisiert wurde."

6) ULBRICHTS Botschafter in Warschau

Die Ernennung des ehemaligen Planungschefs der Sowjetzone, MEWIS, zum Botschafter in Polen rief in Warschau eine unangenehme Überraschung hervor. In Kreisen der polnischen Kommunisten erfreut sich nämlich der frühere Parteisekretär im Bezirk Rostock keiner großen Beliebtheit. Man wirft ihm in Warschau vor, daß er seinerzeit den Ausbau des Stettiner Hafens und der dortigen Werften zu verhindern suchte und als Vorsitzender der Planungskommission für die Nichterfüllung der sowjetzonalen Exportverpflichtungen gegenüber Polen verantwortlich sei.

Das ganze Register dieser "Sünden" soll GOMULKA nach Pankow gebracht haben, als er die polnische Delegation zum SED-Parteitag führte.

Der Unmut der Warschauer Funktionäre äußerte sich u.a. darin, daß man über die Ernennung von MEWIS auch dann noch schwieg, als sein Vorgänger Richard GYPTNER bereits seine Abschiedsbesuche in Warschau machte. Wahrscheinlich war diese Verärgerung auch Grund für die seltene Ehre, die einem scheidenden Botschafter in Polen widerfuhr. Auf der ersten Seite von "Trybuna Ludu" (vom 28. Mai) wurde berichtet, daß GOMULKA und CYRANKIEWICZ GYPTNER empfangen und sich mit ihm "in freundschaftlicher und herzlicher Atmosphäre" unterhielten.

7) "Polityka" über ADENAUER

Mit dem Ausgang der Ära ADENAUERS beschäftigt sich am 11. Mai die partei-offizielle Wochenzeitschrift "Polityka":

"Adenauer verband die eroberungslustigen Tendenzen der Bundesrepublik - d.h. den Wunsch nach Annektierung Westberlins, Beherrschung der DDR und Revision der deutsch-polnischen Grenze - mit der generellen Linie des Antikommunismus. Wir wollen die Tatsachen nicht verleugnen: Dadurch erzielte er zeitweise beachtliche Erfolge, obwohl sich auf die Dauer seine Politik als falsch erwies. Er konnte Erfolge erzielen, weil amerikanische Lieferungen und die Tatsache, daß die Bundesrepublik in den ersten Jahren ihrer Existenz kein Geld für Rüstungen auszugeben brauchte, die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigte. Adenauer und Dulles sagten voraus, daß Rüstungen und der Druck der 'Politik der Stärke' politische Lösungen bringen würden, die sowohl den Bonner als auch den atlantischen Interessen entsprächen. Diese Behauptungen erwiesen sich als falsch.

Heute hat sich die Situation verändert. Die Richtlinien aus der Dulles-Zeit sind aufgegeben worden, weil man in Washington keine Möglichkeit mehr sieht, zu realisieren.

Eine der Voraussetzungen dafür, daß Bonn Atomwaffen bekommt, ist ein harmonisches Zusammengehen mit Washington und eine enge Zusammenarbeit mit dem Pentagon. Die politische Zusammenarbeit mit den USA zeigt Risse wegen der Bonner Unterstützung de Gaulles.

Im Mechanismus der wirtschaftlichen Kooperation wirken die widersprechenden Interessen bremsend. Es bleibt ein breites und dankbares Feld der militärischen Zusammenarbeit. Hier ist die Solidarität und Treue der Bonner Politik unbeschränkt.

Es muß festgestellt werden, daß auf diesem letzten Gebiete Adenauer sehr viel erreicht hat und die Bundesrepublik nicht weit davon entfernt ist, direkt oder indirekt - das spielt hier keine Rolle - Atomwaffen zu bekommen.

Nun geht Adenauer, und an seine Stelle kommt Erhard. Ich will mich keinen Spekulationen zur Person von Erhard hingeben, möchte aber erinnern, daß nach dem Abgang Bismarcks keine anti-Bismarck-Ära begann. Adenauer geht nicht nur deswegen, weil er alt ist.

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik empfindet das Bedürfnis nach einer neuen Politik. In der Politik kommt es aber oft vor, daß an Stelle eines neuen Programms einfach neue Schauspieler auf der Bühne erscheinen."

III. WIRTSCHAFT

1) Opfer für den Sieg

Zweimal in einem Monat sprach GOMULKA vor Arbeitern der Stahlwerke und Eisenhütten. Das erste Mal geschah es am 11. Mai, am traditionell gefeierten Tage des Hüttenarbeiters. Der Parteichef erinnerte daran, daß vor dem Kriege die Pro-Kopf-Produktion von Stahl in Polen nur 41,5 kg betrug, während die durchschnittliche Pro-Kopf-Produktion in Frankreich, England und Deutschland 237 kg ausmachte. Die entsprechenden Zahlen betragen heute für Polen 253 kg, für die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien dagegen durchschnittlich 458 kg. Die Pro-Kopf-Produktion Polens betrug also vor dem Kriege 17,5 %, jetzt schon 55,3 % des von drei westlichen Ländern erreichten Niveaus.

Der erzielte Fortschritt ist zweifellos beachtlich, wenn auch gewisse Wolken dieses optimistische Bild trüben. Es handelt sich darum, daß die metallurgische Industrie ihren Plan im ersten Quartal des Jahres nicht erfüllen konnte und auf Wunsch GOMULKAS diese Verluste im Laufe der nächsten Monate wiedergutmachen soll. Eine ähnliche Situation herrscht in der ganzen Industrie. Der Produktionsausfall der Industrie betrug im Januar und Februar 3,6 Milliarden Zloty, im März hat man dagegen 0,6 Milliarden aufholen können. Nur die Kumpel aus den Kohlegruben konnten ihre Pläne voll erfüllen, allerdings durch das Verfahren von Sonntagsschichten, die in den winterlichen Monaten fast 1,5 Mio to zusätzlich brachten. GOMULKA appellierte an alle, diese Opferbereitschaft der Kumpel nachzueifern.

Zum zweiten Male stand GOMULKA vor den Arbeitern des Warschauer Edelstahlwerkes am 28. Mai. Es geschah aus einem für das Regime weniger feierlichen Anlaß. Der Parteichef wollte mit seinem persönlichen Auftritt einen Streik der wegen Preiserhöhungen aufgebrachten Männer verhindern.

Auch hier verlangte GOMULKA von den Arbeitern Opfer, um den "Sieg des Sozialismus" im Wettbewerb mit kapitalistischen Ländern zu beschleunigen.

2) Mangelnde Kooperation Polen-CSSR

Das in Warschau erscheinende Blatt "Zycie Warszawy" ist kein offizielles Parteiorgan und wird darum oft dazu benutzt, Probleme zu besprechen, welche die Partei aus taktischen Gründen selbst nicht aussprechen will. Das geschieht hauptsächlich in allen Fragen, die aus dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche resultieren, aber auch in solchen, die die Beziehungen zu anderen Volksdemokratien beinhalten.

Am 19. Mai erschien in diesem Blatt ein interessanter Artikel über die Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich hauptsächlich auf die Maschinen-, Auto- und Traktorenindustrie, auf das Hüttenwesen und die Kohlebergwerke, sowie die Kupfer- und Schwefelgruben.

"Diese Kooperation", schreibt das Blatt, "freut uns, weil eine immer engere wirtschaftliche Verbindung unserer Länder nur vom Nutzen sein kann. Wir wollen hier noch einmal die These wiederholen, die in der Theorie zwar keine Zweifel, in der Praxis aber manchmal Widerstände erweckt, die aus einem wirtschaftlich konservativen Denken, aus der Unkenntnis der Bedürfnisse der anderen Seite und endlich aus Mangel an Vorstellungskraft resultieren: Der Absatzmarkt eines Landes mit 15 oder gar 30 Millionen Einwohnern ist zu klein, daß in seinen Grenzen eine sich moderne und rentable industrielle Produktion entwickeln kann. Die beste Lösung dieses Problems ist eine auf den Prinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitseinteilung basierenden Spezialisierung der Produktion.

Im Komplex unserer Staatengeheimschaft zeichnen sich einzelne Gruppen ab, die aus Gründen der sich gegenseitig ergänzenden wirtschaftlichen Struktur besonders intensiv zusammen arbeiten müßten.

Eine solche Gruppe bilden zweifellos Polen, die Tschechoslowakei, und die DDR. Das Beispiel der polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit ist hier besonders eindrucksvoll. Zweifellos sind wir auf diesem Gebiet in eine qualitativ neue Etappe getreten. Vom Handelsaustausch gingen wir seinerzeit zur Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Investitionen und Spezialisierung der Produktion auf bestimmten Abschnitten über. Jetzt erfolgt eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit. Bekanntlich gibt es schon gemeinsame Konstruktionsbüros für Lastwagen und Traktoren usw."

"Aber alle diese Anstrengungen werden, das sollten wir uns offen sagen, nur dann Erfolg haben, wenn die Spezialisierungsbeschlüsse von beiden Partnern voll eingehalten werden..." "Außergewöhnlich wichtig ist auch das Problem der Termineinhaltung und der Qualität der Lieferungen. Fachleute behaupten, daß im allgemeinen dieses Problem gut gelöst wird. Leider fehlt der sprichwörtliche Löffel Teer in einem Faß Honig nicht selten. Für das Jahr 1962 war die Lieferung von 132.000 Tonnen Walzerzeugnissen aus der CSSR eingeplant. Von dieser Menge bekamen wir alles bis auf 7.000 to, aber es handelte sich dabei um solche Lieferungen, daß die Produktion von Draht bei uns eingeschränkt werden mußte. Und umgekehrt: Unsere Industrie versagte im vorigen Jahr nur bei der Lieferung von 500 to Chemikalien und die Folge war, daß es in der Tschechoslowakei Schwierigkeiten bei der Herstellung von Waschmitteln gab."

"Die Lieferungen im Rahmen der Spezialisierungsverpflichtungen sind eine heilige Sache und auf die Einhaltung dieser Bedingungen müssen wir jetzt unsere besondere Aufmerksamkeit richten."

"Die Polnisch-tschechoslowakische Zusammenarbeit hat große Entwicklungsmöglichkeiten, es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß manche Probleme nur im Rahmen dreiseitiger Zusammenarbeit zwischen Polen, der CSSR und der DDR gelöst werden können. Die Situation sieht aber so aus, daß nur in manchen Industriezweigen diese Erkenntnis herangereift ist."

Bei den Problemen, die von dem polnischen Blatt hier berührt werden, handelt es sich um Anfangsschwierigkeiten jeder wirtschaftlichen Integration,

die auch westeuropäischen Ländern bekannt sind. Außer wirtschaftlichem Egoismus spielen hier aber noch zusätzlich andere Momente eine Rolle. Es handelt sich um spezifische Schwierigkeiten der kommunistischen Wirtschaftsform, die beispielsweise die Probleme einer reibungslosen Kooperation in einzelnen Ländern nicht befriedigend zu lösen vermochte. Eine Kooperation auf der zwischenstaatlichen Basis muß natürlich dann noch mehr Kopfzerbrechen bereiten.

Es fehlt auch in Warschau nicht an Stimmen, die behaupten, daß die bisherigen Richtlinien der Produktionsspezialisierung zwischen Polen, der CSRR und der Sowjetzone für Warschau nicht besonders vorteilhaft sind. Trotz gewisser Erfahrungen verzichtet Polen beispielsweise auf die Produktion eigener Traktoren, die nach dem Urteil der Fachleute den tschechischen Modellen keineswegs nachstehen. Das gleiche bezieht sich auch auf die mit großen Opfern aufgebaute (wenn auch in der internationalen Skala recht unbedeutenden) Autoindustrie. Die jetzige Lösung bedeutet, daß Polen sich praktisch auf die Montage beschränken wird, (die eigene Produktion umfaßt z.B. nur Karosserien). In einer solchen Situation, so befürchten manche Fachleute in Polen, wird Polens niemals dazu kommen, eigene hochqualifizierte Kader für die Auto- und Traktorenindustrie auszubilden,